



Politik-wissenschaftliche Dialogveranstaltung



Für eine nachhaltige Finanzarchitektur der Kinder- und Jugendhilfe

Rechte sichern. Verantwortung teilen. Teilhabe ermöglichen.

Geplanter Ablauf des 02. Juli 2026

9:30-10:30 Uhr Ankommen

10:30 Uhr **Politischer Auftakt: Vertrauen schaffen, Verantwortung ordnen**

Dr. **Magnus Jung**, Minister für Arbeit, Soziales, Frauen und Gesundheit des Saarlandes

Bundespolitischer Impuls: Dr. **Petra Bahr**, Staatssekretärin im Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Sozialpolitische Resonanz: **Verena Bentele**, Präsidentin des Sozialverbands VdK Deutschland

Rahmung durch Heinz Müller, ism gGmbH/Mit-Initiator

11:30 Uhr **Kinder- und Jugendhilfe als Zukunftsinfrastruktur: Schutz, Teilhabe, Demokratie und Bildung. Gemeinsame Verantwortung – geteilte Zuständigkeiten – neue Perspektiven**

Ein Trialog: Perspektiven aus Bildung und Sozialpolitik

Dr. **Magnus Jung**, Minister für Arbeit, Soziales, Frauen und Gesundheit Saarland

Sabine Bätzing-Lichtenthäler, Ministerin für Arbeit, Soziales, Frauen, Familie und Jugend des Landes Rheinland-Pfalz

Daniel Grein, Geschäftsführer des Bundesverbandes des Kinderschutzbundes

Moderiert durch Prof. Dr. Wolfgang Schröer, Universität Hildesheim/ Mit-Initiator

12:15-13:00 Uhr *Mittagspause mit saarländischer Lyoner*

13:00 Uhr **Nachhaltige Finanzarchitektur: Wenn Aufgaben wachsen und Zuständigkeiten auseinanderfallen**

Podium mit

Markus Schön (Stadtdirektor Krefeld) zur Frage der Kon-
nexität

Gordon Lemm (Bezirksstadtrat Berlin Marzahn-Hellers-
dorf) zu Transformationsinvestitionen

Pippa Kolmer (Fiscal Future) zu Ideen gerechter und zu-
kunftsfähiger Finanzpolitik

Moderiert durch Prof. Dr. Karin Böllert, Universität Münster/ ehem.
Vorsitzende der AGJ

14:00 Uhr

**Föderale Verantwortung im Dialog: Wer gestaltet, wer finan-
ziert, wer steht ein?**

Fishbowl-Diskussion mit Abgeordneten, Vertreter:innen von Kom-
munen, Fachverbänden und Selbstvertretungen

u.a. **Vicky Ulrich-von der Weth** (1. Vorsitzende des
Careleaver e.V.); **Jonas Nees** (Jugendamtsleitung Stadt
Karlsruhe); **Jörg Freese** (Beigeordneter Deutscher Land-
kreistag); Dr. **Gabriele Weizmann** (Vorsitzende AGJ); **Ale-
xander Nöhring** (Leiter der Abteilung Kinder, Jugend,
Frauen, Familie, Bundesverband AWO) sowie jeweils zwei
wechselnden Teilnehmer:innen aus dem Publikum

Moderiert durch Josef Koch, ehem. Geschäftsführer IGfH/ Mit-Initia-
tor sowie Hanna Schönenberg, ism gGmbH/ Mit-Initiatorin

14:50 Uhr

Politischer Ausblick: Reformfähigkeit sichern

Dr. **Magnus Jung**, Minister für Arbeit, Soziales, Frauen und Gesund-
heit des Saarlandes

Initiator:innen

15:00 Uhr

Ende der Veranstaltung

Eine starke Kinder- und Jugendhilfe braucht Vertrauen, klare Verantwortung und eine Finanzarchitektur, die Zukunft ermöglicht. Wer sie reformieren will, muss Rechte, Ressourcen und Verantwortung neu zusammenbringen.

Hintergrund und Kontext

Die Berliner Runde, ein Dialogformat für Wissenschaft, Politik, Kommunen, Verbände und Praxis der Kinder- und Jugendhilfe, wurde von fachpolitisch engagierten Expertinnen und Experten der Kinder- und Jugendhilfe initiiert. Sie bringt zentrale Akteurinnen und Akteure zusammen, um Perspektiven für die künftige Ausgestaltung der Kinder- und Jugendhilfe zu entwickeln und Impulse für aktuelle Debatten zu setzen. Im Oktober 2025 fand auf Einladung des Niedersächsischen Sozialministeriums die erste Dialogveranstaltung „Berliner Runde I“, dem Fachforum zur Zukunft der Jugendhilfe in Berlin, statt. Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Wissenschaft, Kommunen, Verbänden und Praxis diskutierten über die Zukunftsfähigkeit der Kinder- und Jugendhilfe, den Ausbau verlässlicher Strukturen sowie notwendige Investitionen in Kinderschutz, Fachkräfte und kommunale Infrastruktur. Entstanden ist daraus eine breite öffentliche Diskussion und ein Beschlussvorschlag, der zur Jugend- und Familienministerkonferenz eingebracht wird. Mit der zweiten Veranstaltung im Juli 2026, ausgerichtet vom Sozialminister des Saarlandes, wird dieser fachpolitische Dialog fortgesetzt. Im Mittelpunkt steht diesmal die Finanzarchitektur der Kinder- und Jugendhilfe sowie die Frage, wie eine bedarfsgerechte und nachhaltige Finanzierung der Jugendhilfe in Deutschland künftig gestaltet werden kann.

Warum jetzt: Die Kinder- und Jugendhilfe zwischen Reformauftrag und Finanzdruck

Die Kinder- und Jugendhilfe steht vor großen Strukturaufgaben: Kinderschutz, Kita, Ganztage, Inklusion, soziale Ungleichheit, demokratische Beteiligung und kommunale Handlungsfähigkeit verlangen tragfähige Antworten. Gleichzeitig treffen wachsende Bedarfe und steigende Ausgaben auf angespannte kommunale Haushalte, eine zugespitzte Sozialstaatsdebatte mit einer Vielzahl von völlig unterschiedlichen Sparvorschlägen und anstehender Strukturreform der Kinder- und Jugendhilfe.

Gerade deshalb braucht es jetzt einen konstruktiven Dialog, der über kurzfristige Haushaltslogiken hinausgeht. Im Rahmen der Berliner Runde II kommen Politik, Wissenschaft, Kommunen, Verbände und Fachorganisationen zusammen, um die

Kinder- und Jugendhilfe fachlich, politisch und sozialstaatlich neu zu vermessen. Im Mittelpunkt steht ein verfassungsrechtlich gerahmter und gesellschaftlich zentraler Bereich, der junge Menschen und Familien in jeder Kommune erreicht. Es geht um Vertrauen der Bürgerinnen, Orientierung und gemeinsame Verantwortung: Welche Strukturen sichern Rechte, ermöglichen Teilhabe vor allem für junge Menschen und stärken Familien? Welche Aufgaben müssen Schule, Gesundheitssystem, Wohnen und Arbeitsförderung verbindlich mittragen? Und wie lassen sich Reformen so gestalten, dass sie nicht auf Sparziele verkürzt werden und verlässlich Strukturen absichern?

Eine nachhaltige Finanzarchitektur ist dafür entscheidend. Sie bestimmt mit, ob Kinderschutz, Inklusion, Kita, Ganztage und Prävention dauerhaft tragfähig bleiben. Ziel der Berliner Runde II ist ein gemeinsames Verständnis dafür, wie Rechte, Ressourcen und Verantwortung im föderalen Sozialstaat neu zusammengeführt werden können für eine zukunftsfeste Kinder- und Jugendhilfe, die Demokratie, Teilhabe und Generationengerechtigkeit stärkt.

Die Leitfrage: Wie werden Rechte, Aufgaben, Finanzierung und Verantwortung zusammengeführt?

Die aktuellen Finanzierungsfragen der Kinder- und Jugendhilfe sind nicht allein Ergebnis steigender Fallzahlen oder kommunaler Haushaltsengpässe. Sie verweisen auf strukturelle Herausforderungen im föderalen Sozialstaat: Rechtsansprüche, Schutzpflichten und Infrastrukturaufgaben wurden in den vergangenen Jahrzehnten erheblich weiterentwickelt, von Kinderschutz und Kindertagesbetreuung über Ganztage und Inklusion bis zu mehr Beteiligung und Prävention. Die Finanzierungsordnung ist dieser sozialstaatlichen Modernisierung jedoch nicht in gleicher Weise gefolgt.

Bundesrecht setzt wesentliche Ansprüche und Standards. Die Länder gestalten Rahmenbedingungen und beteiligen sich an der Kita-Finanzierung. Kommunen planen, organisieren und tragen einen erheblichen Teil der praktischen und finanziellen Verantwortung für die Kinder- und Jugendhilfe von den Frühen Hilfen bis hin zur Übergangsgestaltung in Ausbildung und Beruf. All dies schafft eine gesellschaftliche Infrastruktur für das Aufwachsen von jungen Menschen, die auch von den Bürgerinnen gewollt war. Allerdings entstehen dadurch auch Spannungen zwischen normativer Anspruchsentwicklung, fachlicher Umsetzung und kommunaler Leistungsfähigkeit. Die zentrale Frage lautet deshalb nicht nur, was Kinder- und Jugendhilfe kostet, sondern wie Verantwortung, Steuerung und Finanzierung so geordnet werden, dass Rechte verlässlich eingelöst, eine stabile Infrastruktur für

junge Menschen und Familien vorhanden ist und Kommunen handlungsfähig bleiben.

Aufgabenkritik heißt hier nicht Kürzung, sondern Klärung. Es geht darum, Verantwortung im föderalen Sozialstaat verbindlicher zu ordnen: zwischen Kinder- und Jugendhilfe, Schule, Gesundheitssystem, Eingliederungshilfe, Wohnen und Arbeitsförderung. Nur wenn Zuständigkeiten, Infrastruktur und Finanzierung zusammengedacht werden, können Reformen wie Inklusion, Ganzttag, Kinderschutz und Prävention dauerhaft tragen. Transformationskosten sind dabei kein Nebenproblem, sondern eine zentrale Voraussetzung gelingender Reformpolitik.

Worum es geht: Strukturfragen klären, Verantwortung gestalten

Im Rahmen der Berliner Runde II werden zentrale Perspektiven aus Politik, Wissenschaft, Kommunen, Wohlfahrtspflege, Fachorganisationen und Selbstvertretung gebündelt. Im Mittelpunkt steht die Frage, wie die Kinder- und Jugendhilfe unter veränderten fachlichen, finanziellen und föderalen Bedingungen verlässlich weiterentwickelt werden kann.

Der Dialog richtet den Blick auf das Zusammenspiel von Rechtsansprüchen, kommunaler Praxis, Verantwortung angrenzender Systeme und tragfähiger Finanzierung. Ziel ist es, zentrale Klärungslinien für die „Saarländischen Impulse“ der Berliner Runde zur Zukunft der Kinder- und Jugendhilfe zu entwickeln: für eine Reformarchitektur, die Schutz, Teilhabe und Unterstützung junger Menschen sichert, Vertrauen schafft und Verantwortung im föderalen Sozialstaat neu ordnet.

Was bleiben soll: Saarländischer Impuls zur Zukunft der Kinder- und Jugendhilfe: Rechte, Teilhabe und nachhaltige Finanzarchitektur im föderalen Sozialstaat

Im Rahmen der Berliner Runde II wird auf ein gemeinsames Orientierungs- und Impulspapier hingearbeitet: **die Saarländischen Impulse zur Zukunft der Kinder- und Jugendhilfe**. Sie sollen zentrale Klärungslinien bündeln, politische Handlungsbedarfe benennen und konkrete Ansatzpunkte für Bund, Länder, Kommunen, Fachorganisationen und freie Träger formulieren. Das Papier soll in die weitere fachpolitische Debatte, in Gesetzgebungsprozesse, Bund-Länder-Gespräche und kommunale Praxisdiskussionen eingespeist werden. Es geht darum, Reformen fachlich tragfähig, rechtlich verlässlich und finanziell realistisch zu gestalten. Die Empfehlungen sollen damit einen Beitrag leisten, Vertrauen in die Reformfähigkeit der Kinder- und Jugendhilfe zu stärken und Wege aufzeigen, wie Verantwortung,

Ressourcen und Aufgaben im föderalen Sozialstaat verlässlich zusammengeführt werden können.

Vorgesehene Mitwirkende und Perspektiven

Eingeladen werden Vertreter:innen des Bundesministeriums, Abgeordnete des Deutschen Bundestages, Landesminister:innen, Landrät:innen, Oberbürgermeister:innen, kommunale Spitzenverbände, Wohlfahrtsverbände, Fachorganisationen, Selbstvertretungen und Wissenschaft.